

Konsumboykott Halbherzige Schritte, Ausflüchte und erste Erfolge

Birgit Althaler

Der Import von Konsumartikeln aus Israel steht seit Jahren in der Kritik der Solidaritätsbewegung. BDS Schweiz hat eine Kampagne zum Boykott von Produkten aus Israel lanciert, Protestaktionen durchgeführt und die beiden Grossverteiler Migros und Coop mit Forderungen konfrontiert. Wo steht der Konsumboykott heute? Und was läuft auf internationaler Ebene?



Aktivistinnen von „Boycott Israel“ im Westjordanland

Vor zwei Jahren sorgte die Migros-Genossenschaft unmittelbar nach einem Gespräch mit BDS Schweiz mit ihrer Ankündigung für Schlagzeilen, Produkte aus den besetzten Gebieten in Zukunft durch entsprechende Etiketten kenntlich machen zu wollen. BDS Schweiz begrüßte diesen Schritt, wies aber darauf hin, dass die beabsichtigte Kennzeichnung nichts am völkerrechtswidrigen Charakter der entsprechenden Produktionsstandorte und der Mitverantwortung der beteiligten Unternehmen ändert. Die Verantwortung für ethisches Handeln wird nur auf das letzte Glied in der Kette, die KäuferInnen, abgeschoben. Zudem sind Zweifel an der korrekten Herkunftsbezeichnung vie-

ler Produkte angebracht. Bekanntlich lehnt die israelische Regierung eine Unterscheidung zwischen besetzten Gebieten und Kernisrael ab und unterstützt SiedlerInnen bei der Verschleierung der Herkunft.

Staatliche Verantwortung

Wie RechtsexpertInnen und Berichte des UN-Menschenrechtsrats betonen, haben Drittstaaten und Unternehmen die Pflicht, alles zu unterlassen, was den illegalen Zustand der israelischen Siedlungstätigkeit und Siedlungsökonomie in den besetzten Gebieten aufrechterhält. Im Sommer 2013 hat die EU eine Richtlinie beschlossen, die israelischen Institutionen, die in Aktivitäten in den

besetzten Gebieten involviert sind, den Zugang zu EU-Mitteln verwehrt. Viele Länder der Europäischen Union warnen Wirtschaftstreibende unterdessen offiziell vor Reputationsfolgen und rechtlichen Konsequenzen von Geschäftsbeziehungen in den besetzten Gebieten. Die dänische Regierung ist einen Schritt weiter gegangen und empfiehlt, bei staatlichen Beschaffungsaufträgen Produkte aus den besetzten Gebieten auszuschliessen. Seit 2013 lehnt die EU zudem den Import von Bioprodukten und seit September 2014 den Import von Geflügel und Milchprodukten aus den besetzten Gebieten ab, da sie die Zuständigkeit des israelischen Landwirtschaftsministeriums für deren Kontrolle nicht mehr anerkennt. In der Schweiz wurde von Regierungsseite bisher nichts Vergleichbares unternommen. Auch in der EU muss die genaue Umsetzung entsprechender Beschlüsse überwacht werden, da nach wie vor in vielen Ländern eine hohe Bereitschaft besteht, völkerrecht und EU-Verfassung grosszügig auszulegen und intensive Wirtschaftsbeziehungen mit Israel aufrechtzuerhalten, solange das Land die Fassade von Verhandlungsbereitschaft aufrechterhält. Zudem bemüht sich Israel, die Einschränkungen zu umgehen, indem laut israelischen Medien Bioprodukte aus den Siedlungen in Zukunft via palästinensische Zwischenhändler weitervermarktet und von einer Schweizer Firma geprüft werden sollen.

Halbherzige Schritte

In der Schweiz haben die beiden führenden Grossverteiler Migros und Coop die Problematik israelischer Produkte, insbesondere aus den besetzten Gebieten, sehr wohl erkannt, sie reagieren aber mit halbherzigen Schritten. Beide betonen, sie verlangten von ihren Lieferanten Garantien, dass die gelieferten Waren nicht aus den besetzten Gebieten kämen. Ähnliches versichern die Gärtnereien, die für die Supermarktketten Kräuter aus Israel importieren. Zu weiteren Schritten sind Migros und Coop bislang nicht bereit: Sie bieten weiterhin israelische



„Gemeinsam können wir israelischen Waren loswerden“, heisst es auf einem der Poster.

Markenprodukte wie Soda-Stream und Ahava-Kosmetik an, obwohl beide Unternehmen in den besetzten Gebieten operieren. Im Fall von Ahava zeichnet Coop die Herkunft unterdessen mit Mitzpe Shalem, Westjordanland aus – wer sich in der Region auskennt, versteht also, dass es sich um eine völkerrechtswidrige Produktion handelt – , der zum Migros-Konzern gehörende Globus schreibt schlicht Westbank. Der Abbruch der Geschäftsverbindungen zu Zulieferfirmen wie Mehadrin, Hadiklaim und Adafresh, die in ihrem Sortiment sehr wohl Siedlungsgüter vermarkten und im Fall von Mehadrin sogar am Wasserdiebstahl in den besetzten Gebieten beteiligt sind, wird von den Grossverteilern aber abgelehnt. Sie verstecken sich hinter fehlenden Richtlinien seitens der Schweizer Regierung. Die Firmen sind für Coop und Migros zu grosse Partner, als dass sie ihre eigenen ethischen Richtlinien konsequent umsetzen würden. Mehadrin, das in Olten einen Firmensitz unterhält, ist im Übrigen personell eng mit der an der gleichen Adresse angesiedelten Perapa AG verbunden, die u.a. Alima-Supermärkte mit Medjool-Datteln beliefert.

Nachhaltigkeitsprüfungen

Für importierte Landwirtschaftsprodukte, die in Israel selbst hergestellt werden, scheint eine Prüfung auf Menschenrechtskohärenz, Sozial- und Umweltverträglichkeit ganz zu

fehlen. Bislang ist es für die führenden Schweizer Grossverteiler kein Thema, auf solche Importe zu verzichten, obwohl sich auch darin die ganze Problematik der diskriminierenden Politik Israels im Bezug auf Land und Bevölkerung spiegelt. 80% der landwirtschaftlichen Erzeugnisse stammen aus Kibbutzim oder Moschavim, die auf oft konfisziertem staatlichem Land errichtet wurden und jüdischen BürgerInnen vorbehalten sind. Die in die Schweiz importierten Frühkartoffeln und Erdnüsse kommen aus Produktionen in den Wüstengebieten des Naqab/Negev, die aus strategischen Gründen von Israel hochsubventioniert werden und nur mit intensiver Bewässerung – etwa zur Hälfte mit Trinkwasser – funktionieren. Israel zweigt dazu auch Wasser aus dem Oberlauf des Jordans ab und leitet es, wie die israelische Wasserbehörde schreibt, zur „Ausdehnung der zionistischen Besiedlung in der Wüste“ über den National Water Carrier bis in den nördlichen Negev – mit gravierenden ökologischen Folgen für das Jordantal und das Tote Meer. Die Anbauflächen im Negev grenzen unmittelbar an den Gazastreifen mit seiner katastrophalen Wassersituation: Israel ignoriert dort nicht nur seine Versorgungspflichten, sondern hat wiederholt lebensnotwendige Infrastrukturen zerstört. Durch die Übernutzung sinkt zudem der Grundwasserspiegel und es wird durch Meerwasser verunreinigt, sodass im Gazastreifen nur 5%

des Grundwassers als Trinkwasser nutzbar ist. Problematisch ist auch die israelische Bevölkerungspolitik in dieser Region. Die palästinensischen BewohnerInnen des Negev sind Opfer systematischer Diskriminierung: BeduinInnen werden zwangsumgesiedelt, ihre Ortschaften und landwirtschaftlichen Kulturen werden regelmässig zerstört. Mit ihren Importen von Landwirtschaftsprodukten machen sich die Schweizer Unternehmen mitverantwortlich an diesen Menschenrechtsverletzungen in Israel. Wie die von der UNO herausgegebenen „Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ betonen, sind Unternehmen in von Konflikten betroffenen Gebieten zu besonderer Sorgfalt verpflichtet, um weder direkt noch indirekt Menschenrechtsverletzung Vorschub zu leisten. Wo ein Unternehmen keinen Einfluss auf die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen durch seine Handelspartner hat, sollte die Beendigung der Geschäftsbeziehungen erwogen werden.

Der Boykott greift

Wie israelische Medien berichten, bekommen die Exporteure von landwirtschaftlichen Produkten den Druck der sich ausbreitenden Boykottbewegung immer mehr zu spüren. Die dänischen Läden Magasin und Salling haben beispielsweise Ahava-Produkte aus dem Sortiment genommen. SodaStream, das insbesondere in den USA unter der negativen Publicity leidet, verlor wichtige Investoren und hat angekündigt, seine Produktionsstätte aus den besetzten Gebieten in den Negev zu verlegen. In den skandinavischen Staaten, Frankreich, Grossbritannien, Belgien und Irland wurden aus Angst vor Konsumentenboykotten Lieferverträge mit israelischen Firmen aufgekündigt. Israelische Geschäftsleute warnen vor den Folgen der zunehmenden Isolation und des Boykotts israelischer Waren. Produzenten aus den Siedlungen fordern von der Regierung Entschädigungen für finanzielle Verluste, die für Januar 2014 auf rund 30 Millionen Dollar ge-

schätzt wurden. Und die Regierung hat sich wiederholt mit den betroffenen Ministerien beraten, um Strategien im Umgang mit der wachsenden Boykottbewegung zu diskutieren.

Dennoch bläst der israelischen Landwirtschaft ein schärferer Wind entgegen: Die lange Zeit im Westen getroffene Unterscheidung zwischen Produkten aus Israel und Produkten aus den Siedlungen in den besetzten Gebieten wird insgesamt immer weniger beachtet. Nicht alle Unternehmen, die sich entschlossen, israelische Produkte zunehmend aus dem Segment zu nehmen, kommunizieren dies öffentlich; wirtschaftlich fallen solche Entscheide dennoch ins Gewicht. Zudem nimmt die Boykottbewegung auch in den besetzten Gebieten an Fahrt auf. Für Israel waren die besetzten Gebiete lange ein geschützter Absatzmarkt und die PalästinenserInnen haben oft keine andere Wahl, als auf israelische Waren zurückzugreifen. Dennoch haben palästinensische Jugendliche insbesondere seit dem jüngsten Gazakrieg eine Sensibilisierungskampagne gestartet und Produkte, für die es palästinensische Alternativen gibt, aus den Regalen genommen oder markiert. Auch diese Aktionen beschränken sich nicht mehr auf Siedlungsgüter, sondern auf israelische Erzeugnisse insgesamt.



Chronologische Aufstellung über BDS-Erfolge:

www.bdsmovement.net/timeline

Schick dein Foto zur Unterstützung des Konsumboykotts

www.bds-info.ch

Buchbesprechung Europas Versagen in Nahost

Peter Haenger

Es entspricht einem traurigen Ritual, das sich alle zwei bis drei Jahre wiederholt: Israel greift den Gazastreifen an, tötet zahllose Zivilisten und zerstört einen Grossteil der Infrastruktur, darunter Schulen und Krankenhäuser. Kurze Zeit danach wird eine internationale Geberkonferenz einberufen, um Gelder für den Wiederaufbau aufzubringen. Stets vorne mit dabei in diesem bizarren Spiel ist die Europäische Union, die eben erst 450 Millionen Euro Wiederaufbauhilfe zugesagt hat. Hier offenbart sich die freiwillige Ohnmacht der EU, der die belgische Abgeordnete im Europaparlament für den Parti Socialiste, Véronique De Keyser, komplettes Versagen im Nahen Osten vorwirft.

Zusammen mit dem inzwischen verstorbenen Stéphane Hessel hat De Keyser eine Streitschrift vorgelegt, die jetzt in deutscher Übersetzung erschienen ist. De Keyser's Ausführungen befassen sich mit der europäischen Nahostpolitik seit der Wahl von Mahmud Abbas zum Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde im Jahr 2005. In dieser Zeit hat sich die PLO in ihrem aussichtslosen Kampf um einen immer mehr zerstückelten Staat verschlissen, das palästinensische Volk hat sich gespalten und die palästinensische Autonomiebehörde ihre Glaubwürdigkeit verloren.

Welche Rolle spielt die Europäische Union in diesem Prozess? Nie hat es eine wirkliche Gleichbehandlung von PalästinenserInnen und Israelis durch die EU gegeben. Die planvolle und systematische Annapolitik Israels wird von Brüssel mit kraftlosen Appellen an die Einhaltung des Völkerrechts quittiert. Die EU nimmt das Apartheidsystem zwischen Mittelmeer und Jordanfluss hin und reagiert nicht mit Konsequenzen in Form von Sanktionen. Statt

endlich Druck auf Israels Regierung auszuüben, wird stets die Formel von „Israels Sicherheitsinteressen“ bemüht.

Das Ergebnis ist eine „himmelschreiende Asymmetrie“ zwischen Israel und Palästina. Die palästinensische Bevölkerung ist ausgeblutet, hat keine Bewegungsfreiheit und lebt unter einem harten Besatzungsregime. Gleichsam als Sedativum wird ihr von aussen und von der EU ein Staat zu gegebener Zeit versprochen „wie anderen der Himmel“. Allein, kaum jemand in der palästinensischen Bevölkerung glaubt noch an solche Versprechungen.

Die Jugend habe ihr Vertrauen zu Europa längst verloren, so Véronique De Keyser. Sie wisse, dass sich Europa aus historischen Gründen nicht auf eine gemeinsame Linie gegenüber Israel einigen werde und nicht willens sei, wirklichen Druck auf die israelische Regierung auszuüben. Europa wolle nicht begreifen, dass es zwischen Israel und Palästina keineswegs um einen Territorialstreit gehe, sondern darum, dass ein Land ein anderes Land besetze und dessen Volk all seiner Rechte beraube.

Die PalästinenserInnen stecken in einer Sackgasse: keine Wahlen, keine Versöhnung, keine Verhandlungen, kein Ende der Besatzung, keine Zukunftsperspektiven. Die israelischen Siedlungen werden weitergebaut, und Europa übernimmt einen grossen Teil der humanitären Kosten dieses Konflikts. Wann endlich reisst der EU der Geduldssaden?

**Stéphane Hessel und
Véronique De Keyser.**

Palästina: Das Versagen Europas.

Aus dem Französischen von Barbara Heber-Schärer und Ulrike Bokelmann. Rotpunktverlag, Zürich 2014, Fr. 25.-